

**Niederschrift über die Sitzung
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft,
öffentliche Einrichtungen und Tourismus
am 28. Februar 2013, 19.00 Uhr
im Sitzungszimmer des Schlosses in Bad Bramstedt**

Ende der Sitzung: 21:55 Uhr

Anwesend Frau Jakubzik
Herr Helmcke
Herr Maczeyzik
Herr Schramm
Herr Pfeiffer
Herr Schwedhelm
Herr Park (als Vertreter für Herrn Wulf-von Moers)
Frau Albert
Herr Behm
Herr Hinck

Es fehlte: Herr Schönau ohne Vertretung

Beauftragte für Menschen
mit Behinderung: ./.

Gleichstellungsbeauftragte: ./.

Jugendbeirat: ./.

Seniorenbeirat: ./.

Als Gäste: Herr Schadendorf

Für die Verwaltung: Herr Kütbach, Herr Jörck, Frau Rettmann

Um 19.00 Uhr eröffnet Herr Behm die Sitzung des Finanzausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Tagesordnung mit Einladung vom 14.02.2013 ordnungsgemäß bekannt gegeben wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung wird in nachstehender Reihenfolge behandelt.

1. Einwohnerfragestunde

Es sind 5 Einwohner anwesend. Die Presse wird durch Herrn Behn vertreten. Herr Schindler fragt, wo die Gewinnspanne von über 300 % zwischen Produktionskosten der Fernwärme in Bad Bramstedt und dem Verkaufspreis verbleibt?

Herr Kütbach schlägt vor, die Kostenstruktur der Fernwärmeversorgung in einer nächsten Sitzung des Finanzausschusses zum Thema zu machen. Der Ausschuss ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

2. Beschlussfassung zum Jahresabschluss 2011 der Stadtentwässerung Bad Bramstedt und Ergebnisverwendung

Die Ausschussberatung bezieht sich auf die übersandte Beschlussvorlage vom 15.02.2013. Herr Behm weist auf die Abschlusserörterung vom 27.02.2013 hin, in der die Wirtschaftsprüfer die Testierung des Abschlusses mündlich darstellten.

Herr Kütbach spricht die Probleme der zeitgerechten Abschlusserstellung und den Defizitabbau an.

Herr Jörck erläutert die vorgeschlagenen Ergebnisverwendung und drückt seine Erwartung aus, dass der noch verbleibende Defizitvortrag aus dem Jahr 2009 aus dem kommenden Jahresabschluss 2012 gedeckt werden kann, so dass der Ausgleich innerhalb des Kalkulationszeitraumes erreicht wäre.

Herr Schadendorf fragt, ob die im Bericht genannten „Sonderabschreibungen“ auf Anlagegüter, insbesondere Kanäle, in die Gebührenkalkulation einfließen dürfen. Herr Jörck sagt, dass hiermit Abschreibeverkürzungen gemeint seien, die in die Kalkulation eingestellt werden dürften.

Der Finanzausschuss empfiehlt

der Stadtverordnetenversammlung den Abschluss der Stadtentwässerung Bad Bramstedt zum 31.12.2011 mit dem Ergebnis festzustellen, wie es sich aus dem Bericht der Prüfungsgesellschaft Clostermann & Jasper vom 14.01.2013 ergibt. Der Jahresüberschuss in Höhe von 177.323,00 € wird zur Deckung der Verlustvorträge verwendet.

Abstimmungsergebnis: 10 dafür 0 dagegen 0 Enthaltung(en)

3. Über- und Außerplanmäßige Ausgaben 2012

Die Vorlage vom 18.02.2013 liegt zur Beratung vor. Herr Behm bittet um Informationen über die Zahl der Schülerabwanderung an auswärtige Schulen. Informationen werden als Anlage zum Protokoll übersandt.

Der Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben zur Kenntnis zu nehmen bzw. zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis: 10 dafür 0 dagegen 0 Enthaltung(en)

4. Erhebung von Pachten/Nutzungsentschädigungen für die Überlassung von städtischen Flächen

Die bisher schon übersandten Vorlagen und der Vermerk der Verwaltung vom 21.02.2013 sind Grundlage der Beratung. Herr Kütbach führt zusammenfassend nochmals in die Thematik ein.

Herr Schadendorf beantragt, die Erhebung von Sondernutzungsgebühren ausschließlich auf Grundlage einer Satzung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 5 dafür 4 dagegen 1 Enthaltung(en)

Herr Schadendorf bittet auch darum, dass eine schriftliche Anfrage an das Gemeindeprüfungsamt zur Höhe der Gebühr gerichtet wird. Damit soll die Feststellung verbunden sein, ob ggf. ein zu geringes Gebührenniveau zur Kürzung beim Antrag auf Fehlbetragszuweisungen führt.

Abstimmungsergebnis: 10 dafür 0 dagegen 0 Enthaltung(en)

5. Finanzderivate

Herr Kütbach berichtet aus den Beratungen des Hauptausschusses zu den vorgelegten Eckpunkten einer Dienstanweisung und dessen Zustimmung. Darüberhinaus liege der berechnete Schaden deutlich unter den in der Öffentlichkeit genannten Betrag von 200.000 €, wie die Berechnung der Verwaltung mit einer Vergleichsverzinsung von 1,9 % zeige. Auch sei über die Prüfung der Verfolgung von Schadenersatzansprüchen beraten worden. Vor einer Auftragsvergabe werde zunächst ein Kostenvoranschlag eingeholt.

Herr Schadendorf rät den Schaden im Rahmen einer Überprüfung mit einem vergleichbaren Zinssatz in den gewählten Monatsabschnitten anzugeben.

Frau Rettmann fasst die Eckpunkte der Dienstanweisung mit Einrichtung eines Kreditausschusses, bestehend aus dem Bürgermeister, der Amtsleitung I und der Sachgebietsleitung Finanzen, zusammen. Über die Entscheidung des Ausschusses werde ein Protokoll gefertigt, es dürften keine Fremdwährungen aufgenommen werden und im Rahmen des Berichtswesens wird über die Kreditaufnahme berichtet als auch dem Finanzausschuss über die Einzelentscheidung.

Auf Frage von Herrn Schadendorf bestätigt Frau Rettmann, dass Verträge mit Sicherungsinstrumenten über Caps und Floors nicht zulässig seien. Herr Schadendorf schlägt vor, die Mindestzahl der Angebote >5 festzusetzen. Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Außerdem rät Herr Schadendorf den Abschluss von längerfristigen Kassenkreditverträgen innerhalb des Finanzplanungszeitraumes zuzulassen. Eine entsprechende Empfehlung könne an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen werden.

Abstimmungsergebnis: 10 dafür 0 dagegen 0 Enthaltung(en)

6. Herstellung und Betrieb von Reisemobilstellplätzen auf dem Freibadparkplatz)

Der Antrag vom 13.02.13 liegt zur Beratung vor. Nach Diskussion beauftragt der Ausschuss die Verwaltung mit der Prüfung einen geeigneten Standort vorzuschlagen und die Kosten dafür zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis: 9 dafür 0 dagegen 1 Enthaltung(en)

7. Anfragen

liegen nicht vor.

8. Unterrichtungen

8.1. Haushaltsgenehmigung

die Verfügung des Kreises lag dieser Einladung zur Kenntnis bei.

8.2. Kosten der Kindergartenerweiterung Arche

Herr Kütbach berichtet, dass die Stadt erst über die Betriebskostenabrechnung der Kirchengemeinde mit den Erweiterungskosten belastet würde.

Auf Nachfrage sagt Herr Jörck, dass die Kirche als öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaft Zugang zu günstigeren Darlehen der KfW-Bank haben müsste.

Herr Kütbach sagt, dass die Stadt an Entscheidungen im weiteren Ausschreibungsverfahren der Kirche beteiligt sei.

8.3. Stellenbesetzung der Leitungsfunktion im Tourismusbüro

Frau Rettmann übergibt dem Ausschuss einen Entwurf der Stellenausschreibung zum 01.08.2013

9. Verschiedenes

keine Wortmeldungen

Joachim Behm
(Vorsitzender)

Gerhard Jörck
(Protokollführer)

Hans-Jürgen Kütbach
(Bürgermeister)